

Attac-Forderungskatalog zur Demokratisierung der Finanzmärkte (Langfassung, April 2009)

A) Forderungen zu den Bankenrettungspaketen

Rettungsmaßnahmen an Aufklärung und an Systemwechsel koppeln

Analyse: Mit pauschalen Rettungspaketen versuchen die US- und andere Regierungen, ohne groß Aufmerksamkeit zu erregen, die Krise zu bewältigen, und mit ihr alle strukturellen Versäumnisse der Aufsichtsbehörden, der Finanzinstitute und allgemein der freien Finanzmärkte unter den Teppich zu kehren. Mit den Rettungspaketen legen die Regierungen nahe, dass es kein Interesse an notwendigen tiefgreifenden systemischen Reformen gibt. Nach Überwindung der Krise soll die Finanzwelt wieder zur unkontrollierten Renditejagd übergehen, ohne Finanzinstitute und AnlegerInnen zur Rechenschaft zu ziehen oder sie gar in ihrem Profitstreben zu beschränken. Rettungsmaßnahmen müssen aber an die lückenlose Aufklärung der vergangenen Anlagestrategien der maroden Finanzinstitute gekoppelt sein. Alle Missstände in den Finanzmärkten müssen an die Oberfläche gebracht und restlos aufgeklärt werden. Darüber hinaus müssen die Ungleichheiten abgebaut werden, die auf der einen Seite eine Konzentration von Vermögen und Einkommen hervorgebracht hat und auf der anderen die fehlende Nachfrage, was zu Fehlallokation, damit Fehlinvestitionen und den jüngsten Immobilienblasen geführt hat. Die Rettungsmaßnahmen werden wohl oder übel die öffentlichen Budgets belasten. Daher besteht die Gefahr, dass nach der Krise die Neuverschuldung des Staates als Argument für weitere Privatisierung herangezogen werden wird und dass an dringend erforderlichen Maßnahmen zum Schutz der Umwelt, insbesondere des Klimas und bei Sozialausgaben und Bildung gespart wird. Daher ist die Finanzkrise in einem größeren Zusammenhang zu sehen. Marktradikalismus ist nicht nur auf Ebene der Finanzmärkte gescheitert, sondern auch auf allen anderen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ebenen. Märkte brauchen Regeln. Um zukünftige Krisen zu vermeiden und um die Interessen der Allgemeinheit zu wahren, müssen Rettungsmaßnahmen an einen tatsächlichen Systemwechsel – weg von den ineffizient und zu wenig regulierten freien Finanzmärkten hin zu demokratisch und effektiv regulierten Finanzmärkten – gekoppelt sein. Denn die Ursache für die Krise war nicht das individuelle Versagen von Banken, sondern Krisen sind ein immanentes Problem der spekulationsgetriebenen liberalisierten internationalen Finanzmärkte. Daher müssen tiefgreifende Reformen umgesetzt werden. (Siehe die konkreten Forderungen im zweiten Abschnitt)

Forderungen:

- Es müssen Maßnahmen zur Transformation des Finanzsystems getroffen werden, die auf die Beseitigung der systemischen Ursachen der Krise abzielen (z.B. Stärkung der internationalen Kooperation, Regulierung der Akteure und Produkte, Umverteilung von oben nach unten)
- Das wirtschaftspolitische Dogma der Effizienz völlig freier Märkte muss aufgegeben werden (z. B. als Zielbestimmung der EU-Verträge)
- Rettungsmaßnahmen müssen an einen tatsächlichen Systemwechsel, also eine Abkehr von den liberalisierten und deregulierten Finanzmärkten, gekoppelt sein; Rettungsmaßnahmen müssen auf systemische Änderungen abzielen. Sie sollen beitragen, die Dominanz der Finanzmärkte zu überwinden, anstatt das alte krisenanfällige Finanzsystem zu reparieren ohne nachhaltige Veränderungen umzusetzen.
- Umfassendes Investitionsprogramm in Umwelt, Soziales und Bildung um die Folgen der Krise abzufangen und die Wirtschaft nachhaltig umzugestalten.

Die VerursacherInnen müssen einen möglichst hohen Teil der Kosten der Rettungsmaßnahmen selbst tragen

Analyse: Jene, die die Krise ausgelöst haben, profitierten mit jährlichen Rekordgewinnen massiv vom gegenwärtigen System. Deshalb müssen primär sie für die Beseitigung der durch die Krise verursachten Schäden aufkommen. Sie sollten auch zur Kasse gebeten werden, um die derzeitige verheerende Anreizstruktur zu verändern: Momentan können SpekulantInnen getrost hohe Risiken eingehen, da sie im Falle einer Krise mit der Unterstützung der öffentlichen Hand rechnen dürfen und nicht bzw. kaum an den Folgekosten der Krise beteiligt werden. Dies kann nur durch die Errichtung demokratisch geführter und gemeinnütziger „Good-Banks“ (siehe unten) geändert werden. Es gibt verschiedene Möglichkeiten die Finanzmarktakteure zur Kasse zu bitten: Erstens sollten Kapitaleinkünfte einer hohen, einheitlichen und progressiven Besteuerung unterliegen. Zweitens sollen die Gehälter des Managements und die Honorare der BeraterInnen der maroden Finanzinstitute radikal gekürzt und zur Sanierung der Bankenhäuser verwendet werden. Drittens sollten Bankinstitute nur soweit aufgefangen werden, wie es nötig ist, um ein weiteres Funktionieren des Finanzsektors zu gewährleisten. Öffentliche Mittel sollten eher für Investitionsprogramme verwendet werden.

Forderungen:

- FinanzinvestorInnen müssen an der Finanzierung der Kosten der Krise beteiligt werden
- Kapitaleinkünfte hoch, einheitlich und progressiv besteuern; Vermögen ebenfalls besteuern
- Sonderabgabe auf Vermögen ("KrisenverursacherInnenabgabe") zur Finanzierung der Maßnahmen zur Kriseneindämmung
- Gehälter des Managements der Finanzinstitute, die Rettungsmaßnahmen beanspruchen, auf das 30-fache des Mindestlohnes deckeln. ManagerInnen müssen Teile ihrer Boni zurückzahlen
- Zurückhaltung bei den Rettungsaktionen und Mittel primär in öffentliche Investitionsprogramme stecken
- Veröffentlichungspflicht von Vorstandsgehältern
- Spitzensteuersatz für die Top 1% der Spitzenverdiener (Gordon Brown)
- Rettungspaket muss durch Gremium abgewickelt werden, das dem Parlament berichterstaten muss

Öffentliche Hand muss sich nachhaltig Anteile an den geretteten Banken sichern

Analyse: Die öffentliche Hand muss sich bei Rettungsaktionen auch entsprechende Anteile an den Banken sichern. Jede Bank, die auf öffentliche Mittel angewiesen ist, muss Anteile an die Allgemeinheit abtreten. Verstaatlichte Banken müssen öffentlich bleiben und gemeinnützig geführt werden. Ein genossenschaftlich organisiertes Hausbankensystem, wie es bis in die 1980er Jahre gut funktioniert hat, muss das Ziel einer alternativen Kapitalmarktoffensive sein (siehe Forderung nach einem öffentlichen Bankensektor).

Forderungen:

- Verstaatlichte Banken müssen öffentlich und gemeinnützig werden/sein. Nicht das Ministerium soll „hineinregieren“, sondern die Bestellung des Vorstands muss nach verfassungsmäßigen Verfahren erfolgen. Die Ziele, welche dieses regierungsunabhängige Management verfolgen muss, sollten ebenfalls in der Verfassung festgeschrieben sein. Die Mitsprache aller Stakeholder muss gesichert werden. Darüber hinaus dürfen Banken nicht unter dem Druck stehen, nach privatwirtschaftlicher Logik zu wirtschaften.
- Rettungsmaßnahmen in Anspruch nehmende Banken müssen Anteile an die öffentliche Hand abtreten.
- Wenn Banken das Rettungspaket in Anspruch nehmen wollen, müssen sie ihre Filialen in Steueroasen schließen.

B) Forderungen zur Neugestaltung der internationalen Finanzmärkte

Europäische oder globale Finanzmarktaufsicht

Analyse: Wenn die Akteure auf den Finanzmärkte global arbeiten, macht es wenig Sinn, die Aufsicht auf nationaler Ebene zu belassen, insbesondere, wenn es keine ausreichende internationale Berichtspflicht gibt. Zum einen entstehen Doppelgleisigkeiten, zum anderen sind Banken den PrüferInnen immer einen Schritt voraus. Die Bankzentrale hat den Überblick über das Geschehen in allen Ländern ihrer Niederlassung und kann dieses Wissen im Falle einer Prüfung nutzen, etwa indem eine problematische Finanzveranlagung von einer Tochterfirma zur nächsten gereicht wird oder indem konzerninterne Kredite vergeben werden. Nationale Prüfungen sind daher in einem gewissen Maße zahnlos. Eine globale Finanzmarktaufsichtsbehörde wäre wünschenswert. Als ersten Schritt sollte die EU eine FMA einführen. Die EZB erscheint uns als kein geeigneter Rahmen für eine solche Institution, weil sie nur die Euro-Länder abdeckt und in ihrer derzeitigen Form ohne demokratische Kontrolle agiert. Eine globale FMA könnte unter dem Dach eines radikal demokratisierten IWF's oder einer demokratisierten BIZ eingerichtet werden.

Forderungen:

- Einführung einer demokratischen EU-weiten und globalen Finanzmarktaufsicht zur Kontrolle der Akteure und Produkte
- Solange keine EU-weite oder globale FMA in Sicht ist, müssen die EU und die internationale Gemeinschaft eine vollkommene internationale Berichtspflicht einführen, wobei die einzelnen nationalen Aufsichten für jene globale Banken verantwortlich sind, die in ihrem Land den Stammsitz haben.

Strenge Regulierung von Investmentfonds

Analyse: Zur Finanzierung ihrer Spekulationsgeschäfte nehmen Hedge-Fonds in der Regel hohe Kredite auf, um den „Hebel“ zu verstärken. Sie gehen mit nur marginalem Einsatz von eigenem Kapital auf Renditejagd. Gehen die Spekulationen schief, hängen meist noch mehrere Banken mit drin. Damit stellen Hedge-Fonds ein erhebliches Stabilitätsrisiko dar. Das Argument, dass Hedge-Fonds Risiken übernehmen, die niemand bereit ist, zu tragen, und damit zur Stabilität beitragen, ist nicht schlüssig. Das Risiko verschwindet nicht, sondern wird nur undurchsichtiger. Die Immobilienkrise hat gezeigt, dass sich Banken nicht schützen können, indem sie ihre hochriskanten Kreditpapiere an Hedgefonds verkaufen, weil sie sie indirekt über andere Wertpapiere wieder einkaufen. Die klassisch spekulative Geschäftstätigkeit von Hedge-Fonds muss verboten werden. Zusätzlich müssen sie streng reguliert werden.

Private-Equity-Fonds erwerben mit dem Kapital von AnlegerInnen und häufig mit Kredit („Hebel“) Anteile an Unternehmen. Dazu wird meistens eine Erwerbengesellschaft gegründet, die nach der Beteiligung mit dem Unternehmen verschmilzt und diesem hierdurch die Kosten für die eigene Übernahme aufdrückt (die Rückzahlung der Kredite für die Übernahme). In der folgenden Phase greift die Private Equity-Gesellschaft aktiv ins Unternehmenmanagement ein und setzt Maßnahmen zur kurzfristigen Steigerung der Profitabilität um und ziehen in Form von Sonderausschüttungen („Rekapitalisierungen“) Geld aus der Firma. Nach wenigen Jahren steigt die Private-Equity-Gesellschaft wieder aus dem Unternehmen aus, indem dieses an die Börse gebracht wird oder außerbörslich an InvestorInnen oder die Altgesellschafter verkauft wird.

Investmentfonds sind häufig in Steueroasen angesiedelt, von wo aus sie ihre Spekulationsgeschäfte ohne demokratische Kontrolle, Eigenkapitalvorschriften und ohne Besteuerung der anfallenden Gewinne tätigen können.

Die Regulierungen verschiedener Staaten müssen, zumindest innerhalb Europas, vereinheitlicht und auch verschärft werden. Global agierende Fonds können ansatzweise zwar auch auf nationaler Ebene, wesentlich wirkungsvoller jedoch auf internationaler Ebene reguliert werden.

Forderungen:

- Strenge und international einheitliche Regulierung der Hedge- und Private-Equity-Fonds – als erster Schritt innerhalb Europas
- Gesetzliche Offenlegung von EigentümerInnenstruktur, Mittelherkunft, Investitionsschwerpunkte, Risikomanagementmodelle, Gewinnen und Risiken sowie von der Anreizstruktur des Managements
- Haftung für Fehlinformationen
- Veranlagungsvorschriften sollen riskante Anlagestrategien verbieten (z. B. Leerverkäufe, OTC-Geschäfte), insbesondere für Pensionsfonds
- Investmentfonds sollten keine Kredite für ihre Spekulationstätigkeit bekommen, bzw. sollte es strenge Eigenkapitalvorschriften an Banken für die Vergabe an Investmentfonds geben.
- Realisierte Gewinne der Fonds müssen der Einkommenssteuer unterliegen
- Kein Zugang zum EU-Markt (Werbung, Vertrieb) für Fonds, die in Steueroasen lizenziert sind
- PE-Fonds sollten - wenn überhaupt - auf die Finanzierung des Aufbaus neuer Unternehmen und auf Risikosegmente beschränkt werden. Sie müssen ebenfalls einer strengen Regulierung, hohen Transparenzvorschriften und einer strengen öffentlichen Kontrolle unterliegen. Sinnvoller ist jedoch die finanzielle Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen durch Stärkung klassischer Finanzierungsquellen (z.B. Förderbanken). Technologieförderung (z.B. für regenerative Energien) sollte direkt an innovative Unternehmen fließen und nicht an deren KapitalgeberInnen.
- Stärkung der Mitbestimmung der Betriebsräte
- Verhinderung von kreditfinanzierten Sonderausschüttungen

Regulierung der Derivate

Analyse: Derivate sind Wertpapiere, deren Preis vom Wert von einem „Underlying“ (Aktienindex, Rohstoffe, Pferderennen) abhängt. Derivate sind von ihrer Idee her realwirtschaftlich begründete Absicherungsgeschäfte, z.B. gegen mögliche zukünftige Preisveränderungen. In der Realität dienen Derivate hingegen zum überwältigen Teil der Spekulation. Mittels Derivate wird auf zukünftige Preisveränderungen gewettet. Die Anzahl der Derivate ist in den letzten Jahren explosionsartig gestiegen. Dabei sind immer komplexere Finanzprodukte entstanden und zugelassen worden. Viele dieser Derivate bringen keinen zusätzlichen realwirtschaftlichen Nutzen. Sie dienen ausschließlich der Spekulation. Besonders in der Endphase des Booms wurden immer komplexere Produkte erfunden, um mit einem neuen Produkt den hohen Renditeforderungen zu genügen. Das hatte zur Folge, dass sowohl die Finanzaufsicht als auch die SpekulantInnen die Übersicht verloren und in vielen Fällen weder HändlerInnen noch AnlegerInnen die Produkte verstanden. Absicherungsgeschäfte können aber auch mit einfachen Derivaten durchgeführt werden. Deshalb sollten bestehende und insbesondere neu auf den Markt kommende Derivate durch eine öffentliche Behörde auf ihren volkswirtschaftlichen Mehrwert (Risikoreduktion von Geschäften vs. Risikoerhöhung durch Spekulation) überprüft und gegebenenfalls verboten bzw. nicht zugelassen werden.

Niemand weiß genau, wie viele Derivate es heute gibt. Das liegt daran, dass der Großteil der Derivate nicht im Rahmen von Börsen, sondern „over-the-counter“ gehandelt werden. Dabei einigen sich zwei GeschäftspartnerInnen bilateral auf einen Deal, ohne dass dies öffentlich beaufsichtigt oder kontrolliert wird. Dies birgt erhebliche Stabilitätsrisiken und sollte daher verboten werden.

Forderungen:

- Zulassungspflicht für Derivate
- Verbot des OTC-Handels: Handel mit Derivaten nur im Rahmen von Börsen. Als eine wichtige Maßnahme zur Umsetzung muss der Rechtsschutz für OTC-Geschäfte entzogen werden.
- Besteuerung des Handels mit Derivaten durch eine allgemeine Finanztransaktionssteuer

Schließung der Steueroasen

Analyse: Durch Steueroasen ist das Ausmaß der Krise erheblich verschärft worden. Erstens sind Steueroasen auch Regulierungsoasen. Dort angemeldete Einheiten (Unternehmen, Banken und Versicherungen, Privatpersonen) unterliegen nicht den Gesetzen des Landes, in dem sich die Geschäftstätigkeit abspielt, sondern den Regelungen der Steueroase. Im Vorfeld der Subprime-Krise haben Banken und InvestorInnen im großen Stil "Schattenbanken" (u.a. außerbilanzielle Zweckgesellschaften, Hedgefonds) in Steuer- und Regulierungsoasen (Irland; Island etc.) gegründet, um Risiken aus den Bilanzen auszulagern und Eigenkapitalvorschriften zu umgehen. Dadurch wurde der Umfang der vergebenen faulen Kredite ausgeweitet. Als die Spekulationen nicht mehr aufgingen, mussten Banken die Verluste ihre zahlungsunfähigen, in Oasen angesiedelten Töchter in die eigenen Bilanzen aufnehmen, da diese keinen Zugang zu Notkrediten hatten.

Zweitens kann wegen Regulierungsoasen das Ausmaß der Krise schlecht abgeschätzt werden. Wegen fehlender Transparenz (Bankgeheimnis und keine Weitergabe von Informationen) ist nicht bekannt, welche Risiken versteckt sind. Das hat wiederum Auswirkung auf Kreditvergabe der Banken, die aus Angst vor einer Pleite des Geschäftspartners weniger Kredite vergeben. Im Falle einer Bankenrettung durch den Staat entstehen Unsicherheiten bei der Abschätzung der Kosten.

Drittens sind Steueroasen ein Werkzeug zur Umverteilung zugunsten der Vermögenden und Unternehmen, die diese Strukturen nutzen können. Die verloren gegangenen Steuergelder werden nicht von Staaten investiert, sondern von den NutzerInnen der Steueroasen. Das führt zu einer Aufblähung der Kapitalvermögen und damit auch der Finanzmärkte. Steueroasen heizen den Steuerwettbewerb nach unten an, weil sich andere Länder gezwungen sehen, nachzuziehen. Daher müssen sie geschlossen werden.

Das Schließen von Steueroasen ist eine Frage des politischen Willens. Die meisten Steueroasen sind Protektorate europäischer Länder bzw. der USA und können durch politischen Druck geschlossen werden (wie auch die Aufklärung der Finanzflüsse Terrorverdächtiger nach dem 11. September zeigte). Bei Nichtkooperation der Steueroasen könnte der Kapitalverkehr in und von diesen Ländern eingeschränkt werden. Konzernen, die Briefkastenfilialen auf Steueroasen unterhalten, könnte die Lizenz entzogen werden.

Forderungen:

- Steueroasen müssen geschlossen werden
- Banken, Versicherungen und Unternehmen, die Rettungspakete beanspruchen, müssen ihre Filialen in Steueroasen schließen
- Konzernen und Banken, die Briefkastenfilialen auf Steueroasen unterhalten, soll die Lizenz entzogen werden wenn sie die Geschäfte nicht einstellen
- Abschaffung des Bankgeheimnisses
- Mehr Transparenz: Unternehmen müssen Firmenstruktur samt Tochterfirmen mit ausgewiesenen Gewinnen und gezahlten Steuern öffentlich machen
- Wirtschaftssanktionen gegen Steueroasen und stärkere Verfolgung von Beihilfe zur Steuerflucht (v.a. durch Offshore-Dienstleistungen)
- Ein automatischer globaler Informationsaustausch zwischen Steueroasen und Herkunftsländern muss hergestellt werden

- Keine Ausnahmen bei der Zinsrichtlinie der EU für die Steueroasen Österreich, Luxemburg und Belgien: automatischer Informationsaustausch statt Quellensteuer
- Erweiterung der Zinsrichtlinie der EU auf Dividenden, Veräußerungsgewinne und Erträge innovativer Kapitalmarktprodukte wie Derivate, auf Unternehmen, Trusts und Stiftungen und auf Drittländer.
- Gemeinsame Mindeststeuersätze und Steuerbemessungsgrundlagen in der EU
- Ein Strukturfonds muss bei der – ebenfalls zu schaffenden – UN-Steuerbehörde eingerichtet werden, der die Umstrukturierung der Wirtschaft in den Steueroasen mitfinanziert.

Weltweite oder zumindest EU-weite Einführung einer allgemeinen Finanztransaktionssteuer

Analyse: Das ungeheure Ausmaß an kurzfristiger Spekulation auf den internationalen Finanzmärkten führt zu Volatilität, Unsicherheit und Instabilität, impliziert höhere Absicherungskosten und setzt falsche Anreize in der Unternehmenspolitik. Das Volumen der Finanztransaktionen (insbesondere von Derivaten) hat im Vergleich zum unterliegenden Güterhandel in den letzten 10 Jahren unverhältnismäßig zugenommen. Es kommt zu kurzfristigen Preisschwankungen von Wechselkursen, Rohstoffpreisen, Aktienkursen und einem längerfristigen Abweichungen von realwirtschaftlich begründeten Preisen. Dies führt zu Ineffizienz, weil falsche Preissignale gesendet werden und das Geld dahin fließt, wo es kurzfristig für einzelne AnlegerInnen hohe Renditen generieren soll anstatt dahin, wo es für sinnvolle Investitionen benötigt wird. Das „Herdenverhalten“ bestimmt stärker das Verhalten der AnlegerInnen als wirtschaftliche Fundamentaldaten. Es führt außerdem zu hohen Kosten, wegen der oft notwendigen Absicherung gegen Kursschwankungen. Die Kurzfristigkeit von Anlagestrategien verstärkt die Logik der kurzfristigen Kurspflege von Unternehmen (Shareholder Value). Die Möglichkeit, kurzfristige spekulative Gewinne einzufahren, setzt Anreize, sich auf Finanzinvestitionen zu konzentrieren anstatt auf Realinvestitionen.

Eine verbreitete Art von Spekulation wird „Arbitrage“ genannt. Bei diesen Geschäften werden große Summen in kurzen Zeitabständen von einer Anlageform in eine andere bewegt und geringe Kursänderungen ausgenutzt (z.B. verschiedene Preise für Produkte an verschiedenen Börsenplätzen), womit ohne Risiko Gewinne realisiert werden.

Zudem steigt der kurzfristige Handel durch die verstärkte Benutzung technischer „trading systems“, d.h. den Handel über Computerprogramme.

Mit der allgemeinen Finanztransaktionssteuer sollen verschiedene Finanzprodukte besteuert werden, u.a. Derivate, Aktien und Devisen. Bereits eine Steuer mit einem geringfügigen Steuersatz auf Finanztransaktionen würde den Großteil kurzfristiger Spekulation unrentabel machen. Derivate mit hoher Hebelwirkung (d.h. mit wenig Eigenkapitaleinsatz) werden in Relation höher besteuert als andere Finanzprodukte, so dass insbesondere spekulative Transaktionen teurer oder unrentabel werden. Langfristige Investitionen oder seltene Transaktionen wären davon beinahe unberührt, weil der Steuersatz gering ist und nicht oft anfällt. Wenn die Wirkung der Steuer getestet ist, kann eine Ausdehnung der Steuer auf den OTC-Handel erfolgen. Ebenso kann eine Erhöhung des Steuersatzes erwogen werden.

Forderungen:

- Einführung einer allgemeinen Finanztransaktionssteuer (inkl. Derivate, Aktien und Währungshandel) weltweit oder zumindest auf Ebene der EU, die über Clearingstellen abgewickelt werden. Diese müssen demokratischer Kontrolle unterliegen.
- Der Steuersatz muss zwischen 0.1% und 2% liegen. Dabei sollte man klein anfangen und ihn dann je nach Auswirkungen auf die Märkte hochfahren.
- Primäre Verwendung des Steueraufkommens für die Erfüllung der Millennium Development Goals. Ein Dritte könnte auch an die EU gehen, die damit ein großes Interesse an der

effektiven Einhebung der Steuer hätte. Auch die Finanzplätze könnten einen Teil davon erhalten, da ihr Widerstand dann geringer sein würde.

- Einen parlamentarischen Beschluss in Österreich, der die Regierung verpflichtet, sich massiv für eine Einführung der Steuer in Europa einzusetzen.

Öffentliche Rating Agenturen

Analyse: Rating Agenturen haben unter anderem die Aufgabe, Wertpapiere und KreditnehmerInnen zu bewerten. Sie sollen objektive Einschätzungen zur Kreditwürdigkeit von SchuldnerInnen liefern und Wertpapiere nach ihren Risiken klassifizieren. Auch neu zugelassene Finanzprodukte werden von Rating Agenturen eingestuft. Auf ihr Urteil müssen sich MarktteilnehmerInnen verlassen können. Derzeit werden diese Rating Agenturen von jenen bezahlt, die sie auch bewerten sollen. Private Rating Agenturen haben daher enorme Anreize, bei der Bewertung dem Wunsch ihrer Kunden nachzukommen. Dieses Verhalten hat die derzeitige Finanzkrise verschärft, da private Rating Agenturen die risikoreichen „Mortgage Backed Securities“ als sicher eingestuft hatten, obwohl sie es gar nicht waren. Deshalb müssen dringend öffentliche, von Profitinteressen unabhängige Agenturen geschaffen werden, die das Rating von Akteuren und Produkten vornehmen. Sinnvollerweise sollte zumindest für die EU eine einzige, gemeinsame Agentur installiert werden. Diese könnte auch mit der „Zulassungsprüfung“ für neue Produkte (Derivate) beauftragt werden (siehe Forderung nach der Regulierung von Derivaten).

Forderungen:

- Einführung von demokratisch besetzten öffentlichen Rating Agenturen
- Eine EU Rating Agentur könnte die Zulassungsprüfung von Derivaten übernehmen.

Öffentlicher, kleinstrukturierter und nicht-gewinnorientierter Bankensektor

Analyse: Banken haben eine essenzielle Funktion für die Realwirtschaft. Unternehmen finanzieren ihre Investitionen zum Teil mit Krediten. Wie die derzeitige Finanzkrise zeigt, können viele Unternehmen ganz einfach nicht investieren, wenn sich der Bankensektor auf Grund großer Unsicherheit und geringem gegenseitigen Vertrauen „ziert“, Kredite zu vergeben. Viele Untersuchungen zeigen, dass private Banken auf Grund ihres Profitstrebens einen Anreiz haben, in wirtschaftlich guten Zeiten, zu viele Kredite an kreditunwürdige Unternehmen/Personen zu geben. Dies hat mit Informationsproblemen und mit den übertrieben positiven Erwartungen im Aufschwung zu tun. Kommt die wirtschaftliche Trendwende, bleiben Banken oft auf ihren faulen Krediten sitzen und vergeben keine weiteren Kredite mehr an gesunde Unternehmen. Damit verstärken sie den Abschwung. Dies kann auch in einer Wirtschaftskrise münden, wie wir derzeit sehen. Daher sollte der Bankensektor in öffentlicher und demokratischer Hand und gemeinnützig sein sowie strenge Vorgaben ihre Geschäftstätigkeit betreffend haben, damit öffentliche Banken keinen Anreiz haben, riskante Kredite zu vergeben. Private Banken sollten streng kontrolliert werden.

Durch das Wachstum der Bankenhäuser und durch die pauschale Regulierung der Kreditvergabe (siehe Forderung nach einer Reform von Basel II), haben vor allem Klein- und Mittelbetriebe Probleme, Kredite zu bekommen. Das europäische „Wirtschaftswunder“ basierte hingegen auf einem teilweise genossenschaftlich organisierten Hausbankensystem. Im Zuge der Finanzkrise müssen viele Bankenhäuser von der öffentlichen Hand aufgefangen werden. Wenn die SteuerzahlerInnen schon für die Verluste der Banken aufkommen müssen, dann haben sie auch das Recht, sich entsprechenden Einfluss in der Bank zu sichern. Das heißt, Banken die verstaatlicht werden müssen, sollen in öffentlicher Hand bleiben und gemeinnützig geführt werden. An Banken, die zum Teil durch den Staat gerettet wurden, sollte die Öffentlichkeit entsprechende Anteile halten.

Das private (Groß-)Bankensystem hat aus verschiedenen Gründen massiv zur gegenwärtigen Krise beigetragen:

- die fahrlässige Vergabe riskanter Kredite
- der maßlose Handel mit Krediten
- das Verstecken fauler Kredite außerhalb der Bilanz
- die Erfindung von Kreditderivaten mit dem Argument, das Risiko zu "streuen"
- die Gründung von Niederlassungen in Steueroasen zu Zwecken der Steuer- und Regulierungsumgehung (Raiffeisen: Jersey, Bank Austria und Erste Bank: Cayman Islands, Bawag: Malta)
- intensiver Druck auf die Politik, Aufsicht und Kontrolle der Finanzmärkte zu unterlassen.

Forderungen:

- Gerettete Bankenhäuser sollen öffentlich bleiben und gemeinnützig geführt werden
- Das Ziel einer alternativen Kapitalmarktoffensive muss ein öffentliches, kleinstrukturiertes und gemeinnütziges Hausbankensystem sein.
- Das demokratische Recht auf ein kostenloses Girokonto und sicheres Sparkonto.
- Kostengünstige Kreditvergabe an "real" investierende Unternehmen.
- KreditnehmerInnen sollten neben der ökonomischen Bonitätsprüfung zusätzlich auf soziale und ökologische Kriterien geprüft werden ("ökosoziales Basel III").
- Kostengünstige Kredite an den Staat.
- Demokratische Banken lassen die Finger von Aktien, Fonds und Derivaten. Sie kooperieren nicht mit Steueroasen und hüten kein Bankgeheimnis, weil dadurch die Finanzierung des Gemeinwesens untergraben würde, was sich mit dem Geist der Demokratie nicht verträgt.
- Transparenz bei allen Geschäftsvorgängen schafft Vertrauen in die demokratischen Banken.
- Demokratische Banken sind von der Regierung unabhängig. Ihre Leitungsgremien kommen auf demokratische Weise zustande und können damit auch jederzeit abgewählt werden. Sie sind dem Souverän jederzeit Rechenschaft schuldig und per Gesetz zum Dienst an der Wirtschaft und Gesellschaft verpflichtet

Radikale Reform der EZB und anderer neoliberal geformter Zentralbanken

Analyse: Das oberste und in der Realität einzige Ziel der EZB ist die Bekämpfung von Inflation. Gemäß dem neoliberalen Dogma ist sie dabei unabhängig und frei von demokratischer Einflussnahme.

Allerdings sind Zentralbanken grundsätzlich nicht dafür geeignet, Inflation zu bekämpfen, weil Inflation primär die Folge von Kostensteigerungen in der Produktion ist – z. B. durch höhere Rohstoffpreise oder durch höhere Lohnkosten. Inflation ist in der Realität meist nicht die Folge von zu viel Geld im Umlauf, also von einer zu hohen Nachfrage, außer in Zeiten, in denen die Wirtschaft und das Einkommen sehr schnell wachsen, was aber in den letzten Jahren bei weitem nicht der Fall war. Die EZB nimmt aber dennoch an, dass eine zu hohe Nachfrage inflationstreibend ist. Deshalb erhöht sie bei Inflationsgefahr den Zinssatz, um eine angebliche „Überhitzung“ der Wirtschaft zu bremsen. In der Realität bedeutet dies, dass sie die Wirtschaft abwürgt. Eine niedrige Nachfrage senkt die Preise. Gleichzeitig erhöhen aber beispielsweise höhere Rohstoff- oder Lohnkosten die Preise. Beide Effekte können sich kompensieren, die Inflation bleibt niedrig – was allerdings mit der Brechstange erreicht wurde und nicht durch eine Wurzelbehandlung. Inflation ließe sich effektiver durch korporatistische Lohn- und Preisverhandlungssysteme und durch eine Stabilisierung der Rohstoffpreise bekämpfen. Abgesehen davon wird die Gefahr der Inflation häufig aufgebauscht. Es wird verschwiegen, dass

eine Politik der hohen Zinsen (neben der Verteuerung der Kredite für die Realwirtschaft) Eigentümern großer Vermögen zugute kommt, die ihr Kapital renditeträchtig verzinsen können. Häufig wird das Argument hervorgebracht, das billige Geld der amerikanischen Zentralbanken habe die Immobilienblase verschuldet. Dieses Argument ist zu eindimensional, da von der Verteilungsfrage (und damit verbunden die fehlende Nachfrage) und der fehlenden Regulierung der Finanzprodukte und der Rolle von Regulierungsosasen abgelenkt wird, die einen größeren Anteil am Entstehen der Blase hatten. Die Entstehung der Immobilienblase in der USA wurde zugelassen, weil der politische Wille fehlte, die Konjunktur durch andere Maßnahmen wie die Stärkung der Massenkaukraft oder gezielte Investitionen in Zukunftstechnologien anzukurbeln [Satz kann meinetwegen raus].

Die Unabhängigkeit der Zentralbanken veranlasst sie dazu, auch in Zeiten niedrigen Wachstums und hoher Arbeitslosigkeit nicht die Zinsen zu senken, sondern stur auf das Ziel der Preisstabilität zu achten. Eine hohe Beschäftigung ist eben kein Ziel der EZB. Die Unabhängigkeit der Zentralbanken stützt sich auf unrealistische neoklassische Modelle, die zeigen wollen, dass möglichst unabhängige und konservative Zentralbanken, die beste Performance liefern. Zentralbanken kümmern sich viel zu wenig um die Vermeidung von spekulativer Blasenbildung. Sie konzentrieren sich zwar auf die Inflation von Güter- und Dienstleistungspreisen, allerdings beachten sie überhaupt nicht die Inflation von Wertpapierpreisen. Die amerikanische Notenbank hätte vor den Blasenbildungen der letzten Jahre (Dotcom-Blase und Immobilienblase) warnen müssen.

In einer visionären Sicht muss die Rolle von Zentralbanken generell überdacht werden. Wie oben argumentiert, sind sie relativ ungeeignet für die Inflationsbekämpfung. Streng genommen sind sie aber auch relativ ineffizient in der Erhöhung von Wachstum und Beschäftigung. Dies hängt damit zusammen, dass ihre Kontrollgröße – der Zinssatz – nur sehr indirekten Einfluss hat auf Wachstum und Beschäftigung. Fiskalpolitik ist in dieser Hinsicht viel effektiver, weil es direkt Wachstum und Beschäftigung erhöht. Die Geldpolitik der Zentralbanken sollte demnach auf Verteilungsfragen fokussieren. Der nominale Zinssatz sollte im langfristigen Schnitt je nach gewünschten Verteilungswirkungen unterhalb der nominalen Wachstumsrate liegen und relativ stabil sein. Um die Stabilisierung der Nachfrage und Beschäftigung sollte sich ausschließlich eine (europäische) Fiskalpolitik kümmern. Zentralbanken sollten sich stattdessen um die Stabilität des Finanzsektors sorgen und als „lender of last resort“ dienen.

Forderungen:

- Demokratisierung der Zentralbanken durch die Besetzung des Gouverneursrates nach Stakeholderansatz (SchuldnerInnen, GläubigerInnen, KMU-VerteterInnen, KonsumentInnenvertreterInnen, ArbeitnehmervertreterInnen, RegierungsvertreterInnen); Rechenschaftspflicht dem Parlament gegenüber
- Solange sich keine Fiskalpolitik um die Stabilisierung einer hohen Beschäftigung kümmert, muss die Geldpolitik der Zentralbanken auch das Ziel einer hohen Beschäftigung verfolgen. Gibt es eine fiskalpolitische Steuerung der Nachfrage, sollte die Geldpolitik auf Verteilungsgerechtigkeit und Stabilität abzielen.
- Die Inflationsbekämpfung soll von demokratisch besetzten korporatistischen Preiskommissionen übernommen werden.
- Zentralbanken müssen sich mehr um die Stabilität der Finanzmärkte und um die Vermeidung von Spekulationsblasen kümmern...

Shareholder Value brechen

Analyse: Früher orientierte sich der Aktienkurs an den erwarteten Dividenden. Die enorme Verkürzung der Haltedauer von Aktien zeigt, dass Shareholder heute zunehmend am Kauf und Wiederverkauf, also an Kurssteigerungen interessiert sind und nicht mehr primär an Gewinnausschüttungen, die heute eher eine Signalwirkung haben. Das Management versucht dementsprechend kurzfristige „Kurspflege“ zu betreiben und verliert dabei die langfristige Unternehmensstruktur aus den Augen: Sie unterlassen kostspielige, aber langfristig wichtige Investitionen und versuchen den Kurs oft durch Massenkündigungen, Lohnkürzungen und Standortverlagerungen hochzujagen.

Dabei wird das Management sogar belohnt, da die Bezahlung der Manager oft durch so genannte Stockoptions an den Aktienkurs gekoppelt sind, was in Österreich steuerlich sogar noch begünstigt ist. Stockoptions müssen verboten werden, um finanzielle Anreize zur kurzfristigen Unternehmenspolitik zu vermeiden.

Institutionelle Anleger, wie Hedge-Fonds, die Anteile an Unternehmen halten, vertreten vehement das Interesse nach kurzfristiger und hoher Rendite. Auf Grund ihrer Kapitalmenge, die sie kontrollieren, haben sie enormen Einfluss auf die Unternehmenspolitik.

Der Shareholder Value trägt massiv zur schwachen Wirtschaftsdynamik und zur hohen Arbeitslosigkeit in Europa bei, da er langfristige Realinvestitionen hemmt und Arbeitsplätze wegrationalisiert.

Forderungen:

- Aktienstimmrechte müssen an die Haltedauer der Aktie gekoppelt werden um die Einflussnahme kurzfristiger Interessen zu minimieren.
- Stockoptions müssen verboten und ein Deckel für Managergehälter, Boni und Beratungshonorare eingeführt werden. Statt Stockoptions, Koppelung eines Teils der Managergehälter an Gemeinwohndikator, z. B. neu zu schreibende CSR-Charta (die dann verbindlich wäre) oder z. B. Betriebsklima
- An Entscheidungen in der Unternehmenspolitik müssen die Stakeholder beteiligt werden. Vetorecht bei existenziellen Entscheidungen wie Fusion, Standortverlagerung oder – schließung

Umverteilung von oben nach unten

Analyse: Die enorme Konzentration von Vermögen in den Händen einiger Weniger hat zur Aufblähung der Finanzmärkte beigetragen. Vermögende konsumieren nur einen geringen Teil ihres Einkommens und veranlassen den Rest auf den Finanzmärkten, für den sie eine hohe Rendite erwarten. Durch die zunehmende Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen strömt immer mehr nach hoher Rendite suchendes Kapital auf die Finanzmärkte, wo sich die Kurse auf Grund der hohen Nachfrage überschlagen. Trotz Crash lagen die an Finanzmärkten erzielten Renditen in den letzten Dekaden in der Regel über den Wachstumsraten der Weltwirtschaft. Die öffentlichen Haushalte haben sich durch Steuersenkungen immer weiter verschuldet, was wiederum AnlegerInnen zu Gute kommt: Staaten leihen sich Geld, geben Anleihen aus und privatisieren öffentliches Eigentum, wovon vermögende AnlegerInnen profitieren.

Einen großen Anteil an der Umverteilung von unten nach oben hatte die Steuerpolitik. Laut neoliberaler Ideologie führen niedrige Steuern für Wohlhabende zu steigender Wirtschaftsleistung. Dieser Irrglaube wurde zwar empirisch widerlegt, da sich gezeigt hat, dass Wohlhabende die gesparten Steuergelder lieber auf den Finanzmärkten anlegten anstatt zu investieren, was sich wegen fehlender Nachfrage der Massen (die einen steigenden Anteil des Steueraufkommens aufbringen mussten) nicht lohnte. Trotzdem tendieren viele PolitikerInnen

weiter dazu, Steuern auf hohe Einkommen und Vermögen zu entlasten und dieses durch die Erhöhung von Massensteuern und die Kürzung von Ausgaben zu kompensieren. Umverteilung von oben nach unten hat wirtschaftliche Vorzüge: Einerseits würde weniger nach Verwertung suchendes Kapital auf die Finanzmärkte strömen um diese aufzublähen und zu destabilisieren. Andererseits würde die Stärkung der Kaufkraft der niedrigen Einkommensgruppen die Konjunktur ankurbeln. Damit würden auch Investitionen in die Realwirtschaft wieder attraktiver gegenüber Investitionen in die Finanzwirtschaft.

Forderungen:

- Alle Kapitaleinkommen (Vermögensbezogene Einkommen, Gewinneinkommen) müssen mindestens gleich und progressiv besteuert werden.
- Vermögenssteuern, wie die Erbschafts- und Schenkungssteuer müssen wieder eingeführt werden.
- Löhne müssen steigen

Keine Privatisierung der Pensionen

Analyse: Durch die Privatisierung des Pensionen – unsere 3. Säule im Pensionssystem – strömt zunehmend Kapital auf die Finanzmärkte und bläht diese künstlich auf. Die Kurse steigen langfristig unter anderem wegen dem ständigen Zustrom an frischem Kapital. Irgendwann – spätestens nach der vollkommenen Privatisierung – strömt kein Kapital mehr nach, die Nachfrage nach Wertpapieren geht zurück und die Kurse werden sinken, die Grundlage für die Pensionen verliert an Wert. Verschärfend kommt hinzu, dass mit der Generation, die als erstes die privaten Pensionen bezieht, das Angebot an Wertpapieren steigen wird, weil sie diese verkaufen müssen, um Pensionsauszahlungen zu erhalten. Dadurch werden die Wertpapierpreise ebenfalls sinken. Am Ende des Tages ist daher zu erwarten, dass die vollmundigen Renditeversprechen der privaten Versicherungen nicht einzuhalten sind.

Wie die derzeitige Finanzkrise beweist, sind private Pensionssysteme auch deshalb sehr unsicher, da es periodisch immer wieder zu Krisen kommt, in denen private Pensionsversicherungsinstitute pleite gehen und PensionistInnen einfach ihr Geld verlieren. Private Pensionssysteme sind außerdem unsolidarisch, da jedeR für sich selbst einzahlt und es keine Umverteilung von Reich zu Arm gibt. Desweiteren sind sie bewiesenermaßen teurer als öffentliche Systeme.

Forderungen:

- Keine weitere Privatisierung der Pensionssysteme
- Rücknahme aller staatlichen Förderung der 2. und 3. Säule: sowohl Prämien als auch Steuererleichterungen
- Stärkung der öffentlichen Pensionsvorsorge, z. B. Mindestpension für alle von 1.000 Euro pro Monat
- Verbot der Werbung für private Vorsorge, welche das Vertrauen zwischen den Generationen zerstört und das öffentliche Pensionssystem direkt oder indirekt schlecht macht (z. B. preisgekrönte Serie der Wr. Städtischen)

Koordinierte expansive Lohnpolitik in der EU

Analyse: Zentralbanken sind ungeeignet, um für Preisstabilität zu sorgen. Restriktive Geldpolitik, welche die Inflation in Zaum halten kann, geht in der Realität immer zu Lasten der Konjunktur (siehe Forderung nach der Demokratisierung von Zentralbanken). Inflation entsteht hauptsächlich durch unausgeglichene Verteilungskonflikte zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Daher ist eine korporatistische Lohnverhandlung, wie sie in Österreich lange Zeit gut funktioniert hatte, auch auf europäische Ebene zu übertragen. Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen müssen länderübergreifend am runden Tisch aufeinander treffen und ein für beide Seiten vertretbarer Reallohn gefunden werden. Dann sind Unternehmen dazu verpflichtet, diesen Reallohn zu realisieren und daher das Preisniveau nicht zu erhöhen. Dies würde die von zu hohen Lohnkosten stammende Inflation effektiv bekämpfen.

Eine koordinierte Lohnpolitik auf europäischer Ebene ist auch deshalb erforderlich, um den Wettbewerb der nationalen Volkswirtschaften, der auf Ebene der Löhne ausgetragen wird, zu beenden. Momentan überbieten sich die Länder gegenseitig mit Lohnzurückhaltung. Die Lohnzurückhaltung in einem Land mag zwar seine Wettbewerbsfähigkeit und damit seine Exporte fördern, allerdings verlieren in Summe alle Länder, wenn jedes seine Löhne kürzt. In Summe sinkt die europäische Binnennachfrage und erzeugt hohe Arbeitslosigkeit. Eine koordinierte expansive Lohnpolitik auf europäischer Ebene würde die Kaufkraft stärken, die Konjunktur ankurbeln und Arbeitslosigkeit verringern. Wettbewerbsverluste sind nicht akut, da Europa außenhandelsmäßig relativ autark ist.

Durch die höhere Wirtschaftsdynamik, die eine koordinierte expansive Lohnpolitik auf europäischer Ebene implizieren würde, wären Realinvestitionen wieder attraktiver relativ zu Finanzinvestitionen.

Notwendig sind außerdem europaweite Bestimmungen zur Beschränkung der Arbeitszeit, damit Produktivitätszuwächse nicht durch die Rationalisierung von Arbeitskräften erzielt werden.

Forderungen:

- Einführung von demokratisch besetzten korporatistischen Lohnverhandlungsrunden
- Lohnkorridore: EU-weite Mindest- und Höchstlöhne in Relation zum jeweiligen BIP sowie Verpflichtung zur Lohnsteigerung (über Mehrjahreszyklus) im Ausmaß der Produktivität
- Strukturfonds oder Investitionsprogramm als Ausgleich für Länder aus Zentral- und Osteuropa, die derzeit durch ein niedriges Lohnniveau profitieren und deshalb von der Einführung einer gemeinsamen Lohnpolitik (europäischen Mindestlohn) verlieren würden.
- Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich

C) Forderungen zur Neugestaltung der internationalen Finanzarchitektur

Einschränkung des freien Kapitalverkehrs durch Kapitalverkehrskontrollen

Analyse: Der freie Kapitalverkehr schafft ein machtpolitisches Ungleichgewicht zwischen den Faktoren Kapital und Arbeit, insbesondere in an Nationalstaaten gebundenen Demokratien. Der freie Kapitalverkehr unterwandert nationalstaatliche Demokratie und damit sinnvolle Umwelt-, Sozial-, Lohn-, Steuer- und Wirtschaftspolitik. Solange es keinen demokratischen Rahmen gibt, der einheitliche Standards für diese Fragen festlegt, muss der freie Kapitalverkehr beschränkt und müssen Kapitalverkehrskontrollen eingeführt werden. Kapitalverkehrskontrollen zählten selbst in den Industrieländern bis in die 80er Jahre zu einem wichtigen politischen Instrument. Malaysia und Chile vermochten sich damit effektiv vor Finanzkrisen zu schützen.

Die EU stellt keinen demokratischen Rahmen dar, der den Standortwettbewerb seiner Mitgliedsländer unterbindet. Die europäischen Nationalstaaten spielen sich nach wie vor gegeneinander aus. Daher muss der freie Kapitalverkehr innerhalb der europäischen Union beschränkt werden.

Forderungen:

- Fehlt der demokratische Rahmen, der den Standortwettbewerb zwischen Staaten unterbindet, müssen Kapitalverkehrskontrollen den freien Kapitalverkehr einschränken
- Im EU-Zielkatalog muss festgelegt werden, dass der Kapitalverkehr zugunsten wichtigerer Ziele wie Steuergerechtigkeit und Steuervollzug, Finanzmarktstabilität und unabhängige Geldpolitik beschränkt werden darf
- Artikel 63 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ex art. 56 ECT), der jegliche Einschränkung des freien Kapitalverkehrs verbietet, muss abgeschafft werden
- Innerhalb der EU muss eine demokratische Investitionslenkung eingeführt werden. Es braucht Lenkungsmaßnahmen für unerwünschte Kapitalflüsse. Z.B. sollten Banken Assets als Reserve bei den Zentralbanken als Sicherheit hinterlegen. Neben einer gemeinsamen Lohnpolitik sollte auch eine gemeinsame Investitionspolitik den Ausgleich der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen den Euro-Ländern herstellen, der unabdingbar für das längerfristige Bestehen der Währungsunion ist.

Haftung der AnlegerInnen

Analyse: Derzeit können Banken und AnlegerInnen getrost darauf vertrauen, dass sie im Falle einer Finanzkrise von der öffentlichen Hand aufgefangen werden. Die Bedeutung der Banken ist ganz einfach zu groß für die Realwirtschaft. Ebenso können internationale AnlegerInnen, die in Schwellenländern investieren, erwarten, dass sie ihr Geld von den Schuldnerländern zurückbekommen. Dort werden nämlich meist die privaten Schulden von der öffentlichen Hand übernommen. Der Staat erhält dann einen Kredit vom IWF, der seine Zahlungsfähigkeit sicherstellt. Dazu muss sich der Staat auch zum Schuldendienst verpflichten. In beiden Fällen haben die AnlegerInnen keinen Anreiz, auf hoch riskante Spekulationen zu verzichten, da sie nicht an den Kosten der Krise, die sie ausgelöst haben, beteiligt werden. Die Kosten werden sozialisiert, die Gewinne jedoch privatisiert.

Um diese verheerende Anreizstruktur zu ändern, müssen AnlegerInnen an den Kosten der Krisen beteiligt werden. Schuldnerländer müssen dazu die Möglichkeit bekommen, Zahlungen an ausländische InvestorInnen einzustellen bzw. Insolvenz anzumelden. Im Gegenzug zum Einsatz öffentlicher Mittel zur Sanierung maroder Banken muss die öffentliche Hand Miteigentümerin werden und bleiben und die Interessen der Bevölkerung vertreten.

Forderungen:

- AnlegerInnen müssen an den Kosten der Krisen beteiligt werden
- Schuldnerländer müssen die Möglichkeit haben, Zahlungen an InvestorInnen einzufrieren bzw. Insolvenz anzumelden
- Bei der Rettung von Banken muss sich die öffentliche Hand entsprechende Anteile sichern

Weltbank und Internationaler Währungsfonds reformieren

Analyse: Die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF) sind global agierende Finanzinstitutionen und müssen als solche einer demokratisierten UNO unterstellt werden. Die Stimmrechte müssen neu verteilt, das Übergewicht Europas und der USA zu Gunsten der Entwicklungsländer abgebaut werden. Als erster Schritt könnte eine „Doppelte Mehrheit“ eingeführt werden. Beschlüsse kämen nur dann zustande, wenn auch die Mehrheit der Schuldnerländer zustimmt.

Der IWF hat in seiner entwicklungspolitischen Mission versagt und sollte sich daher auf seine Kernaufgabe konzentrieren: Er soll Liquidität zur Verfügung stellen, wenn Länder in Zahlungsprobleme geraten und für eine Stabilisierung der Wechselkurse sorgen. Weiters sollte er in eine Weltzentralbank umgewandelt werden und als „Letzter Kreditgeber“ fungieren.

Forderungen:

- Weltbank und IWF müssen einer demokratisierten UNO unterstellt werden
- Die Stimmrechte müssen zu Gunsten der Entwicklungsländer neu verteilt werden
- Eine „Doppelte Mehrheit“ ist einzuführen, die Beschlüsse nur dann möglich macht, wenn auch die Mehrheit der Entwicklungsländer zustimmt.
- Der IWF soll sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren: Liquidität zur Verfügung stellen, Wechselkurse stabilisieren, als „Letzter Kreditgeber“ fungieren, d. h. er soll zu einer Art Weltzentralbank weiterentwickelt werden